

Betreff: WG: Anfrage zum Krieg in der Ukraine  
Datum: Wed, 24 Aug 2022 14:10:53 +0000  
Von: Wahlkreisbüro Stefan Wenzel <stefan.wenzel.wk@bundestag.de>  
An: carlox@web.de <carlox@web.de>

Sehr geehrter Herr Barner,

herzlichen Dank für Ihre Zuschrift zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste. Wir sind Zeugen eines eklatanten Bruchs des Völkerrechts mitten in Europa. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Bevölkerung und ihres in der UN-Charta verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung, Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Bundesregierung und die Europäische Ebene haben in den vergangenen Monaten nichts unversucht gelassen, um auf diplomatischem Wege eine friedliche Lösung für die Russlandkrise zu finden. Die russische Führung unter Präsident Putin ist auf diese Gesprächsangebote nicht eingegangen.

Präsident Putin hat Russland auf einen Kurs geführt, der eine harte, umfassende und unmissverständliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft erfordert.

Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf die Fundamente des internationalen Rechts. Auf Frieden, Demokratie und Freiheit in der Ukraine und Europa. Er attackiert die internationale Sicherheitsordnung, das internationale Recht und die europäische Friedensordnung. Es braucht eine weltweite Antwort. Das Vorgehen Russlands zielt auf eine neue Weltordnung, in der nicht das Recht, sondern die Gewalt regiert. Dem treten wir klar und entschieden entgegen.

Wir stehen in voller Solidarität mit der Ukraine zusammen – hier im Land, in Europa, im transatlantischen Bündnis und in der internationalen Staatengemeinschaft. Wir fordern Putin auf, die militärische Invasion sofort zu stoppen, das Blutvergießen zu beenden und die Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Russland muss zum Dialog zurückkehren. Wir unterstützen ausdrücklich die umfassenden und harten Sanktionen gegen Russland, die Maßnahmen zur Unterstützung des ukrainischen Selbstverteidigungsrechts und setzen uns für rasche und umfangreiche humanitäre Hilfe für die Menschen in der Ukraine ein. Darüber hinaus muss alles dafür getan werden, Schutzsuchende aus der Ukraine, einschließlich Drittstaatsangehörige, in Deutschland und der EU aufzunehmen und zu versorgen. Wir sind zutiefst beeindruckt von der Hilfsbereitschaft und praktischen Solidarität der europäischen Zivilgesellschaft. Die Grenzen zu den westlichen Nachbarstaaten der Ukraine müssen auch weiterhin für Menschen, die vor der russischen Aggression fliehen, offenbleiben. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich in Russland und Belarus für Frieden und Demokratie einsetzen, und werden auch weiterhin dafür eintreten, die zivilgesellschaftlichen Kontakte fortzuführen.

Die Welt ist seit dem 24. Februar eine andere, unsere alten Gewissheiten sind erschüttert. Die Bundesregierung und das Parlament werden jetzt nach den Entscheidungen zum harten Sanktionspaket und zu Waffenlieferungen auch weiter über Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, über Energieversorgung, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit beraten. Wir werden auch darüber beraten, die Verteidigungsausgaben in diesen schwierigen Zeiten zu erhöhen. Das wird auch verbunden sein müssen mit einer notwendigen Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr. Denn mehr Geld in ineffiziente

Strukturen zu geben, bedeutet nicht mehr Sicherheit. Diplomatie, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Bevölkerungsschutz müssen ebenfalls gestärkt werden. Leider sind wir derzeit nicht in der Lage, alle Zuschriften zu diesem Thema individuell zu beantworten. Wir bitten um Verständnis. Weitere Informationen zu unserer Position können Sie unserer Website

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheitspolitik/angriff-auf-freiheit-und-demokratie> und dem Entschließungsantrag

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/008/2000846.pdf> entnehmen, den wir am Sonntag, 27. Februar 2022, anlässlich der Sondersitzung des Bundestags gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, FDP und CDU/CSU beschlossen haben.

Wir prüfen fortlaufend die Verschärfung der bereits bestehenden Sanktionen und stehen hierzu in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern. Ebenso ermöglichen wir die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, damit die Ukraine sich gegen die russische Aggression zur Wehr setzen kann. Hierzu hat die Ampel am 28.04.2022 einen gemeinsamen Antrag mit der Union in den Bundestag eingebracht. Informationen zum Antrag und die Rede unserer Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann finden Sie unter folgendem Link

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/frieden-und-freiheit-in-europa-verteidigen>.

Wir unterstützen die Ukraine, weil sie das Opfer eines massiven Bruch des Völkerrechts und eines brutalen Angriffs- und Vernichtungskriegs seitens Russland geworden ist. Wir verstehen uns als Partner der Ukraine auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Ukraine ist ein Land, das sich in den vergangenen Jahren mutig und souverän entschieden hat, Autoritarismus und systemische Korruption zu überwinden, Demokratie und Rechtsstaat zu entwickeln und zu stärken sowie sich der Europäischen Union anzunähern. Russland wiederum hat sich leider unter Präsident Putin zu einem Land entwickelt, das nach innen zunehmend diktatorisch regiert wird und nach außen imperialistisch und mit militärischer Gewalt andere Länder einzunehmen versucht. Es steht mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nicht weniger auf dem Spiel als die regelbasierte, internationale Ordnung. Neben dem Völkerrecht geht es aber auch darum, dass in der Ukraine mehr als 40 Millionen Menschen leben, die nicht in einer russischen Diktatur leben möchten, die akut von der russischen Kriegsgewalt bedroht sind und sich mutig gegen den Aggressor zur Wehr setzen. Zudem hat die russische Führung wiederholt deutlich gemacht, dass sie der Ukraine die Existenzberechtigung abspricht und darüber hinaus hegemoniale Ansprüche gegenüber weiteren Staaten stellt. Damit ist einerseits klar, dass die russische Führung grundsätzlich bereit ist, zur Erreichung ihrer Ziele viele Tote in Kauf zu nehmen, und andererseits leider völlig offen, ob und wann die russische Führung bereit ist, die Souveränität von Staaten und das Leben und die Freiheit deren Bürgerinnen und Bürger zu achten. Aus all diesen Gründen bleibt es richtig, sich der russischen Aggression entgegenzustellen und die Ukraine auch durch Waffenlieferungen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen  
Jana Wanzek

PSt Stefan Wenzel  
Bundestagsbüro  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mail: stefan.wenzel.wk@bundestag.de  
Tel.: 04721 3988 180

Twitter: @StefWenzel  
Instagram: @stefanwenzel\_mdb  
Internet: www.stefan-wenzel.de

Postanschrift:  
Deichstraße 4  
27472 Cuxhaven

=====

Betreff: Re: WG: Anfrage zum Krieg in der Ukraine  
Datum: Thu, 1 Sep 2022 22:10:40 +0200  
Von: Carl-Heinz Barner <carlox@web.de>  
An: Wahlkreisbüro Stefan Wenzel <[stefan.wenzel.wk@bundestag.de](mailto:stefan.wenzel.wk@bundestag.de)>

Sehr geehrter Herr Wenzel,

leider haben Sie die meisten meiner Fragen nicht beantwortet.  
Können Sie dies bitte nachholen?

Können Sie insbesondere begründen, warum in all den anderen bisherigen  
völkerrechtswidrigen Angriffskriegen (der jüngeren Vergangenheit) von Deutschland  
keine Waffen an die Angegriffenen geliefert wurden ?

Warum wird insbesondere nicht das emanzipatorischen Projekt Rojava unterstützt  
und den Selbstverteidigungseinheiten der YPG keine (auch schwere) Waffen  
geliefert?

mfg  
Barner